

Israelischer Angriff auf Hilfskonvoi für Gaza im Mittelmeer

In den frühen Morgenstunden vom Montag, den 31. Mai 2010 hat die Israelische Armee in den internationalen Gewässern des Mittelmeeres den Hilfskonvoi für die notleidende Bevölkerung in Gaza überfallen. Es zeigt einmal mehr, mit welcher unerhörten Brutalität die Blockade des Gaza-Streifens fortgesetzt wird, die das Leben für die 1,5 Millionen Menschen auf größte Freiluftgefängnis unerträglich macht.

Die Islamische Religionsgemeinde Graz für Steiermark und Kärnten verteilt auf das Schärfste, das blutige Vorgehen der israelischen Marine und Armee gegen die Hilfsflotte für Gaza. Diese völkerrechtswidrige exzessive Gewaltanwendung in den internationalen Gewässern kostete offensichtlich das Leben von mindestens zehn FriedenaktivistInnen. Einmal mehr ignoriert die israelische Regierung Mindeststandards des Völkerrechts. Wenn ständig sanktionslos internationale Abkommen gebrochen werden, so meint die israelische Regierung wohl, sie stünde über dem Völkerrecht und könne sich alles erlauben.

Dieser Angriff darf daher nicht allein als eine Angelegenheit des Nahen Ostens gesehen werden. Mit dieser Aktion nimmt Israel die Internationalisierung des Konflikts scheinbar bewusst in Kauf. Der Angriff ist nicht nur als Angriff auf die PalästinenserInnen zu verstehen, sondern betrifft vor allem Europa. Die irische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan Maguire, der bekannte schwedische Autor Henning Mankell, die beiden deutschen Parlamentarierinnen Inge Höger und Annette Groth, sowie Abgeordnete aus Norwegen, Schweden, Bulgarien, Irland und viele weitere EuropäerInnen wurden hier zur Zielscheibe dieser aggressiven und menschenverachtenden Politik. Entlarvend ist die Verhängung einer Nachrichtenzensur, wodurch bis jetzt keine Aufklärung über die tatsächliche Zahl der Toten und Verletzten und deren Identität gegeben ist. Auch die Kommunikationssperre in Bezug auf die widerrechtlich verschleppten hunderten AktivistInnen, deren Schiffe mit Gewalt nach Israel gebracht wurden, fällt in dieses Bild der propagandistischen Unterdrückung für die israelische Regierung unangenehmer Tatsachen. Die verschleppten Menschen sollen umgehend freigelassen werden. Es bedarf internationalen Drucks, um eine rasche und lückenlose Aufklärung, möglichst durch unabhängige internationale Organe, zu gewährleisten.

Wir fordern die Österreichische Bundesregierung und die Europäische Union auf, eine eindeutige Verurteilung des Gewaltakts auszusprechen und die militärische Kooperation des Bundesheeres mit Israel mit sofortiger Wirkung einzustellen. Kritische Worte reichen offensichtlich nicht aus, um die israelische Regierung zur Einhaltung internationaler Standards zu bringen. Wer beharrlich UNO-Resolutionen ignoriert und stattdessen immer neue Gewaltakte setzt, wird auch jetzt nicht auf die Sprache der Diplomatie reagieren, sondern nur auf politische, spürbare Konsequenzen. Sanktionen gegen Israel sehen wir als angezeigten Weg, diese Gewaltpolitik in die Schranken zu weisen.

Den österreichischen Außenminister Michael Spindelegger ersuchen wir, eine Weisung an den österreichischen UN-Botschafter Thomas Mayr-Harting zu erteilen, die Frage von internationalen Sanktionen gegen Israel auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates zu setzen. Diese Sanktionen sollten solange in Kraft bleiben, bis Israel die völkerrechtswidrige Abriegelung des Gazastreifens aufhebt.

An den Herrn Bundeskanzler Werner Faymann appellieren wir, seine für den 23. und 24. Juni 2010 geplante Reise nach Israel aus Protest abzusagen.

Den Hinterbliebenen und den Familien der Opfer gilt unser Mitgefühl.

Die Verantwortlichen für dieses Massaker im Mittelmeer müssen angeklagt und vor ein internationales Gericht gestellt werden.

Graz, 04.06.2010

Islamische Religionsgemeinde Graz für Steiermark und Kärnten